

„Neosozialistische Klassenpolitik in der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise“

Berlin, 31. Oktober bis 2. November 2019

Vom 31. Oktober bis zum 2. November fand in den Räumlichkeiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin die vom dort angesiedelten Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) sowie dem Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena ausgerichtete Arbeitstagung zur neuen Klassenanalyse- und Politik unter dem Titel „Neosozialistische Klassenpolitik in der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise“ statt.

Zum Auftakt umriss *Mario Candeias* (IfG) die analytische Ausgangslage der anstehenden Tagung, der zufolge einerseits sich auf nationaler wie globaler Ebene polarisierende Klassenverhältnisse zu vermerken sind und die sich andererseits im Kontext einer existenziellen ökologischen Krise vollziehen, die zu lösen die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise als ihr maßgeblicher Verursacher offensichtlich nicht in der Lage ist. Entscheidend sei es also, auf Basis einer aktualisierten Klassenanalyse die zentralen sozio-ökonomischen Konfliktfelder auszumachen, auf denen unter breiter gesellschaftlicher Partizipation und gegen Kapitalinteressen um die Transformation hin zu einem grünen Sozialismus gekämpft werden müsse. Damit war die Zielsetzung der kommenden Tage klar gesetzt.

Der klassentheoretischen Fundierung widmete sich im Anschluss stellvertretend für das Projekt Klassenanalyse Jena *Kim Lucht* von der FSU Jena, die einen von dem Arbeitszusammenhang erstellten Literaturbericht präsentierte. Dieser unternimmt den Versuch, bisherige Klassentheorien hinsichtlich verschiedener Schwerpunkte wie Rassismus, Natur- und Geschlechterverhältnisse oder politischer Öffentlichkeit auf- und zentrale Erkenntnisse für gegenwärtige Debatten herauszuarbeiten. *Klaus Dörre* (FSU Jena) stellte anschließend Thesen bzgl. der Klassenbildung in aktuellen sozial-ökologischen Transformationskonflikten vor. Zentral war dabei die Diagnose einer „demobilisierten Klassengesellschaft“, in der bei einer objektiven Zunahme von Klassenkonflikten die klassenspezifische politische Organisation zurückginge. Die größte Herausforderung für eine Klassenpolitik auf Höhe der Zeit sei es dabei, differente Identitäten in gemeinsamen sozialen Konflikten zusammenzubringen und diesen gleichzeitig eine transformatorische statt konservierende Stoßrichtung zu geben – wofür die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Strukturwandel in den ostdeutschen Braunkohlerevierern als exemplarisch angeführt wurden.

In der anschließenden zweigeteilten Arbeitsphase widmeten sich jeweils drei parallele Workshops verschiedenen Aspekten der Klassenanalyse. So wurden unter dem Stichwort eines „Infrastruktursozialismus“ verschiedene Bereiche der öffentlich organisierten Daseinsfürsorge und die im Zuge der Neoliberalisierung stattfindende Angriffe auf sie hinsichtlich ihrer Bedeutung für eine transformatorische Klassenpolitik diskutiert. *Thomas Goes* (SOFI Göttingen) stellte dabei

mit der Stärkung der Arbeiter*innenmacht und ihrer gesellschaftlichen Teilhabe die sozialistischen Potentiale eines Sozialstaates heraus, die es gegenüber den rechtspopulistischen Verarbeitungsweisen des Angriffs auf ihn stark zu machen gelte. In eine ähnliche Richtung zielte der Beitrag von *Julia Dück* (IfG), die den Kampf um soziale Infrastruktur letztlich als grundlegende Auseinandersetzung um die Gestaltung von Lebensverhältnissen charakterisierte. Wie eine solche Auseinandersetzung erfolgreich geführt werden kann, aber auch welche Fragestellungen sich dabei auftun, wussten Hannes Strobel und Kalle Kunkel von der „AG Starthilfe“ der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ zu berichten. Wichtig war für sie u.a. die Erkenntnis, dass Klassenkonflikte nicht auf den engen Rahmen des Betriebes beschränkt sind, und auch außerhalb von diesem bereits Ansätze politischen Bewusstseins vorhanden sind, die sich erfolgreich für Vergesellschaftungsvorhaben aktivieren lassen.

Verschiedene theoretische Ansätze zur Analyse der Differenzierungen innerhalb der Lohnabhängigen wurden unter dem Titel „1, 2, 3 viele Arbeiterklassen“ verhandelt und kritisch diskutiert. So übte *Joachim Bischoff* (Zeitschrift Sozialismus) Kritik an *Andreas Reckwitz'* kulturalistischem Klassenkonzept, dass zwar Veränderungsprozesse der lebensweltlichen Realität erfasse, dabei aber deren polit-ökonomische Fundierung ausblende. *Thomas Goes* betonte die Unterschiede zwischen marxistischer und weberianischer Tradition der Klassenanalyse und hob bei ersterer ihren Fokus auf Herrschaft und Ausbeutung hervor, deren Schwerpunkt aber deshalb nicht unbedingt die exakte Analyse von Klassenrealitäten sei. Inwiefern ökonomische Strukturkategorien als Basis zur Erklärung lebensweltlicher Oberflächenphänomene notwendig sind und rein kulturalistische Ansätze auf der deskriptiven Ebene verbleiben müssen, konnte *John Lütten* (Zeitschrift Z.) u.a. anhand seiner Befragung der Beschäftigten der Kohlebetriebe in der Lausitz aufzeigen.

Abgeschlossen wurde der Tag durch die von *Barbara Fried* (IfG) moderierte Diskussion mit *Bernd Riexinger* (DIE LINKE) und *Tithi Bhattacharya* (Purdue University, USA). Beide sprachen sich gegen einen eng gefassten Klassenbegriff aus, der nur weiße und männliche Industriearbeiter als Subjekt sowie den industriellen Betrieb als Feld der Auseinandersetzung in den Blick nehme. Vielmehr sei die globale Arbeiter*innenklasse zu einem nicht unerheblichen Teil weiblich, von „People of Colour“ geprägt und in informellen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen tätig. Entsprechend müsse auch die kulturell-reproduktive Sphäre als gleichwertiger Bereich der Klassenausinandersetzungen verstanden werden. *Bhattacharya* hob die weltweiten feministischen Streiks als erfolgreiches Beispiel für diese Art Klassenkämpfe hervor, während *Riexinger* die Transformation von Mobilität als mögliches Feld der Verbindung von Lohnabhängigeninteressen und Umweltschutz schilderte.

Eröffnet wurde der zweite Tagungstag mit einem Gespräch zwischen *Julia Kaiser* sowie *Nina Papenfuß* (Leipzig/Berlin, beide Students For Future/SDS) und *Hans-Jürgen Urban* (IG Metall), bei dem die Frage nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Gewerkschafts- und Klimaschutzbewegung diskutiert wurde. Über die

Notwendigkeit der Kooperation war man sich grundsätzlich einig – allein schon, weil der Kampf um eine ökologische Transformation unweigerlich mit Kapitalinteressen kollidiere, sei eine Einbindung der Lohnabhängigen über die Gewerkschaften unumgänglich. Gleichzeitig müssten diese aber auch offen für Impulse aus sozialen Basisbewegungen sein, um die eigene klimapolitische Wende weiter voranzutreiben.

Nachdem in einer zusätzlichen Workshop-Phase bereits am Vortag angeschnittene Fragestellungen weiter behandelt wurden, fand die Tagung ihren Abschluss in einer Podiumsdiskussion, bei der eine Bilanz zu bisherigen Verheerungen des Kapitalismus gezogen und demgegenüber die Möglichkeiten und Notwendigkeiten sozialistischer Politik erörtert wurden. *Alex Demirović* (IfG) benannte dabei die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse als größtes Hindernis einer existentiell notwendigen sozialistischen Transformation, während *Katja Maurer* (medico international, Frankfurt/M.) die globale Dimension einer solchen Politik gegenüber nationalen Alleingängen betonte. Ähnlich argumentierte *Sabine Pfeiffer* (Universität Erlangen-Nürnberg), die bei allen globalen Differenzierungen die grundsätzliche Betroffenheit von kapitalistischen Verhältnissen als Gemeinsamkeit hervorhob.

Yannik Pein

Soziale Politik in zwei deutschen Staaten

Wissenschaftliche Konferenz in Berlin-Marzahn-Hellersdorf, 4. November 2019

Bewusst hatten Helle Panke e.V. – RLS Berlin, Berlin-Brandenburger Bildungswerk mit Zeitgeschichtlichem Archiv und Förderkreis Archive und Bibliotheken e.V. den 4. November 2019 für eine Konferenz zu „Sozialer Politik in zwei deutschen Staaten. Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege“ ausgewählt. Vor 30 Jahre hatten eine Million DDR-Bürger an einer von Kulturschaffenden initiierten Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz teilgenommen. Allen Rednerinnen und Rednern ging es um Reformen und Erneuerung der DDR. Über einen demokratischen Sozialismus diskutierten DDR-Bürger seit Wochen. Ungeachtet dessen reduzieren heute die offiziellen Medien das Jahr 1989 auf Stasi, Massenflucht, Maueröffnung und Einheit der Deutschen. Dagegen setzten die Veranstalter gemeinsam mit hundert Teilnehmern bemerkenswerte Kontraakzente.

In seiner Eröffnung betonte *Stefan Bollinger*, dass es Ziel der Konferenz sei, der Mainstream-Geschichtserzählung vom unvermeidlichen Untergang des „Unrechtsstaates“ DDR im Kontrast zur Geschichte der geglückten BRD-Demokratie eine deutlich differenziertere Position gegenüberzustellen. Dazu sei es angebracht, die Analyse der Doppelbiographie der beiden deutschen Staaten zu nutzen, um nach Gemeinsamkeiten, Unterschieden, getrennten Wegen, Konflikten und offenen Fragen wie nach einem künftigen, alternativen, nicht- und nachkapitalistischen

Entwicklungsweg zu fragen. Es gehe also nicht um nostalgisches Rückbesinnen auf zwei unterschiedliche Welten, sondern um das Aufzeigen des Wandels beider Gesellschaften an historischen Knotenpunkten, ihre gegenseitige Beeinflussung, aber nicht zuletzt auch darum, wie eine künftige alternative Gesellschaftsstrategie diese Erfahrungen aufgreifen kann.

Die Tagung umfasste die Themenblöcke „Staatsgründung auf Trümmern, Kalter Krieg und konträre Entwicklungswege“, „Endlich eine Politik für die Werktätigen, sozialistisches Ideal, ernüchternde Bedürfnisse, bleibende Errungenschaften?“, „Soziale Marktwirtschaft – Ergebnis Ehrhards oder Resultat sozialer Kämpfe und Kompromisse?“, „Nicht nur 1968: Herausforderung Technologierevolution – Reform für mehr Sozialismus oder mehr Individualismus“ sowie „Der Fall des Realsozialismus 1989/91: die Chance des Neoliberalismus und Ausgangspunkt neuer Konflikte des übriggebliebenen Kapitalismus“. Dazu gab es jeweils Impulsreferate und Podien mit etablierten Akteuren aus Geschichtswissenschaft, Soziologie, Ökonomie und Philosophie. *Reiner Zilkenat* befasste sich mit der doppelten „Staatsgründung auf Trümmern“, dem Entstehen und Gründen der deutschen Staaten als Kinder des Kalten Krieges und verdeutlichte unter anderem, dass nicht die Sowjetunion die Verantwortung für die Teilung trage, sondern die westlichen Alliierten mit ihrer langfristig vorbereiteten Währungsreform vom 20. Juni 1948. *Bollinger* erörterte die Sozialpolitik der beiden deutschen Staaten als wichtigen Bestandteil und Schauplatz der Systemauseinandersetzung und gab Anregungen für das Nachdenken über eine künftige linke Sozialpolitik (u. a. zur Lebensweise, Bedürfnisproblematik, Subventionsfrage, ökonomischen Absicherung der Sozialpolitik). Er rekonstruierte auch die unterschiedlichen Strategien und Herangehensweisen von DDR und BRD in den sozialpolitischen Prozessen und Realisierungen. Bezugnehmend auf die DDR arbeitete er heraus, dass die Sozialpolitik auf den jahrzehntelangen Zielen der Arbeiterbewegung beruhte (Sicherung umfassender Daseinsfürsorge und der Grundbedürfnisse wie etwa Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Gleichberechtigung der Geschlechter). Diese habe es aber aus verschiedenen Ursachen nicht vermocht, die DDR langfristig zu stabilisieren. Die Erwartungen nicht weniger DDR-Bürger 1989/90, dass die sozialpolitischen Errungenschaften der DDR im Einheitsprozess nicht verloren gehen, erwiesen sich als illusorisch. Vielmehr habe der Untergang des Realsozialismus den Kapitalismus von sozialer Rücksichtnahme befreit.

Klaus Steinitz entwickelte seine Vorstellungen darüber, welche Lehren die heutige Linke aus den Erfahrungen des in der DDR praktizierten Sozialismus – er musste gegenüber der alten BRD unter ökonomisch weit ungünstigeren Voraussetzungen aufgebaut werden – für ein künftiges Sozialismusmodell zu beachten habe. Dies seien für ihn 1. soziale Sicherheit, Entprivilegierung, mehr Recht und Gleichheit in jeder Hinsicht, 2. Neujustierung der Planung und der Demokratie zugunsten der Demokratie, 3. Flexibilität und Offenheit bei ungelösten Fragen wie der Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, der Methodik des Wirtschaftens und bei Entscheidungsprozessen. Diese Überlegungen aufgreifend widmete sich *Lutz Brangsch* Grundsatzfragen der Rolle des Einzelbetriebs in einer sozialistischen Volkswirtschaft und betonte ebenfalls die Bedeutung von stark ausgeprägter Demokratisierung und Motivierung.

Herbert Hörz nahm sich der Umweltpolitik in der DDR an und unterbreite Überlegungen über das neu zu bedenkende Beziehungsgeflecht von Ökonomie und Ökologie im Zeitalter der Klimakrise.

Der Themenkreis „Soziale Marktwirtschaft in der BRD“ stand im Mittelpunkt der Ausführungen von *Frank Deppe* und *Holger Czitrich-Stahl*. Deppe vermittelte einen faktenreichen Überblick über die Zeit zwischen dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau 1945 und der Restauration der Ära Adenauer. Die Kampfkationen der Arbeiterbewegung hätten dazu geführt, dass das Grundgesetz und die Gesellschaft gegen diese Restauration, in der es gravierende Demokratiedefizite gab, offen gehalten werden konnte. Wie er schätzte auch Czitrich-Stahl ein, dass die soziale Marktwirtschaft keine Eingebung Ludwigs Erhards gewesen sei, sondern Resultat sozialer Kämpfe der Arbeiterbewegung. Er arbeitete konkret heraus, dass Erhard, der für einen ungezügelten Kapitalismus eintrat, durch die Proteste der Gewerkschaften in der Bizone und den Generalstreik vom 12. November 1948 zu beträchtlichen Konzessionen an die Arbeiter gezwungen wurde. Nur dadurch sei der Weg für eine „soziale Marktwirtschaft“ – d.h. einen sozialpolitisch eingegrenzten Kapitalismus – geebnet worden. *Thomas Goes* zeigte am Beispiel der IG Metall, dass betriebliche Interessenvertretung im Laufe der Jahrzehnte immer mehr durch eine Strategie des Co-Managements ersetzt wurde.

Joerg Roesler befasste sich mit den gemeinsamen Herausforderungen beider deutscher Staaten im Lichte der Technologierevolution und ihren unterschiedlichen Entwicklungswegen. Er belegte unter anderem, dass die DDR bis in die 1980er Jahre den Produktivitätsrückstand zur Bundesrepublik verringern konnte. *Christa Luft*, Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung, berichtete rückblickend über die vielfältigen Anstrengungen dieses Kabinetts für eine Erneuerung der DDR, für einen Erhalt der Potentiale und bewertete das arrogante Verhalten der Kohl-Regierung gegenüber der DDR-Regierung als Vereitelung jeder Chance für eine eigenständige erneuerte DDR, die gleichberechtigt in eine deutsche Einheit hätte gehen können.

Abschließend sei noch auf die Ausführungen von *Daniela Dahn*, *Michael Klundt* und *Gerd Wiegel* im letzten Panel verwiesen, neben vielen ungenannten. Dahn vertrat im Rückblick auf die Geschehnisse im Herbst 1989 den Standpunkt, dass der eigentliche Teil der Revolution noch ausstehe, Klundt sprach sich vehement dafür aus, dass die noch offenen Alternativentwürfe aus der DDR nicht in Vergessenheit geraten sollten, und Wiegel verdeutlichte, dass die in der gegenwärtigen BRD immer stärker zutage tretenden rechtspopulistischen und rechtsradikalen Positionen nicht zuletzt auch eine Folge der nicht gleichberechtigten Vereinigung und gravierenden Benachteiligungen der Ostdeutschen sind. Ein Konferenzband wird bei BODONI erscheinen.

Rainer Holze

Umwelt und Frieden gehören zusammen!

Kassel, 7./8. Dezember 2019

Bereits zum 26. Mal fand in Kassel der „bundesweite und internationale Friedensratschlag“ statt. Bei erneut gestiegener Teilnehmer*innenzahl tauschten sich am 7. und 8. Dezember etwa 500 Anwesende über den Stand der Friedensbewegung aus. Neben analytischen Workshops zu verschiedenen Fragen von Krieg und Frieden gab es viel Zeit und Raum, um Bündnisse und Aktionen kennenzulernen, zu diskutieren und neue Perspektiven auf notwendige Handlungsfelder in der aktuellen geopolitischen Lage zu eröffnen. Sowohl den Veranstalter*innen als auch den Teilnehmer*innen war es dabei stets wichtig, die wissenschaftlichen Analysen mit sozialen Kämpfen weltweit zusammenzuführen. Daher waren auch dieses Jahr zahlreiche Redner*innen aus Organisationen wie „Fridays for Future“ oder „Alarm Phone“ anwesend, um ihre Arbeit vorzustellen. Besonders intensiv wurde über das Verbot von Atomwaffen, der Verbindung von Klima- und Friedensbewegung und über die Folgen der Wahl Trumps zum US-Präsidenten gesprochen.

So referierte der Völkerrechtler *Prof. Dr. Norman Paech* (Hamburg) auf dem Eröffnungspodium zur Durchsetzung des UN-Atomwaffenverbotes. Seinen Vortrag begann Paech mit Bezugnahme auf den 2017 in der UN ausgearbeiteten Entwurf eines Atomwaffenverbotsabkommens. Dieses würde bei Anwendung auf Deutschland unter anderem einen Abzug der US-Atomwaffen vom Bundesgebiet und das Ende des Übungsbetriebes der Bundeswehr mit Atomwaffen bedeuten. Aktuell sei der Vertragsentwurf von der UN verabschiedet, müsse aber für seine Wirkmächtigkeit erst von den Nationalstaaten ratifiziert werden. Der Vertragsentwurf habe inzwischen 80 Unterschriften und 34 Ratifikationen, werde aber erst ab 50 Ratifikationen für die ratifizierenden Staaten verbindlich. Es gebe also noch einen langen Weg bis zur Verbindlichkeit des Vertrages. Paech sprach sich hier entschieden dafür aus, den Druck auf die Bundesregierung, den Vertrag zu unterschreiben, zu erhöhen. Im zweiten Teil seines Vortrags ging er auf die zunehmende nukleare Bedrohung seit der Wahl Trumps zum US-Präsidenten 2016 ein. Neben dem Ausbau des eigenen Atomwaffenarsenals kündigte dieser seither das Iran-Abkommen sowie den aus dem Kalten Krieg stammenden INF-Vertrag – der einzig erfolgreiche Abrüstungsvertrag für atomare Kurz- und Mittelstreckenraketen. Hieraus ergebe sich eine erhöhte nukleare Bedrohungslage für den Planeten.

Auch *Prof. Christoph Scherrer* (Kassel) thematisierte auf dem Eröffnungspodium die Folgen der Präsidentschaft Trumps und sprach über die zunehmend angespannten Beziehungen zwischen den beiden Wirtschaftssupermächten USA und China. Zuerst kritisierte er die in der Volkswirtschaftslehre typische Trennung zwischen Krieg und den ruhigen, friedensstiftenden Leidenschaften der Handelsbeziehungen und verwies auf die Verquickung beider Sphären. Die Marktordnung werde mittels Gewalt durchgesetzt, so das Argument Scherrers mit Verweis auf die Beispiele der kolonialen Arbeitsteilung, der Opiumkriege und des CIA-Putsches des iranischen Premierministers Mossadegh.

Solange China die Rolle der verlängerten Werkbank der USA einnahm und US-Konsument*innen günstige Importwaren und Unternehmen niedrige Zinsen sicherte, kam es zu keinen Spannungen zwischen beiden Ländern. Die gezielte chinesische Industrie- und Technologiepolitik habe zu einer zunehmenden Konkurrenzsituation geführt, in die die aktuellen Spannungen einzuordnen seien. Hierbei gehe es der US-Regierung darum, den chinesischen Markt für ausländische Investoren zu öffnen, die chinesische Regierung von der gezielten Subventionspolitik staatlicher Unternehmen abzubringen und geistige Eigentumsrechte zu stärken. In der Zielsetzung unterscheide sich Trump nicht von Obama, der mittels einer Umzingelungsstrategie durch multilaterale Handelsverträge mit den Nachbarstaaten Chinas versucht habe, Druck aufzubauen. Trump hingegen setze auf eine aggressive bilaterale Strategie durch die Beschränkung des Zugangs zum US-Binnenmarkt für chinesische Produkte mittels Strafzöllen und die Verhinderung der Übernahme amerikanischer Technologiekonzerne durch chinesische Investoren.

Als Resultat überlappten sich mit den aufgeworfenen Fragen über Souveränität und Marktöffnung durch Knebelverträge die sonst so stark rhetorisch getrennten Felder der Handels- und Geopolitik. Zudem befeuerte die bellizistisch-chauvinistische Sprache Trumps die Konfrontation und erhöhe die Gefahr einer Eskalation jenseits der Handelspolitik durch den Rekurs auf Nationalstolz. Eine direkte Kriegsgefahr zwischen den beiden Atommächten schätzte Scherrer jedoch als gering ein, er sehe aber Konfliktpotential für Stellvertreterkriege im Zuge der chinesischen Expansion an zentralen Seestraßen, wie an der Straße von Malakka oder am Horn von Afrika in Bab al-Mandeb. Er schloss seinen Vortrag mit einem Plädoyer für eine rhetorische Deeskalation und die Notwendigkeit Schutzmaßnahmen vor dem Weltmarkt anzuerkennen, da diese historisch immer notwendig gewesen seien für eine nachholende Industrialisierung.

Besonders im vergangenen Jahr erlebte die Debatte um Umweltschutz und Klimawandel einen erneuten Höhepunkt. Angeregt wurde sie durch die medial sehr präsente Schwedin Greta Thunberg, aus deren Schulstreik in Stockholm sich eine internationale, von vielen Schüler*innen gestaltete Bewegung, entwickelte – die „Fridays for Future“. Während Fragen wie Mobilität und Nachhaltigkeit oder der Zusammenhang von Klimazerstörung und Migration generell schon viel Diskussionsraum gewidmet wird, sollte auf dem diesjährigen Friedensratschlag insbesondere über Chancen der Bewegungen sowie die Verbindungen zwischen Umwelt und Krieg diskutiert werden. Dazu gab es zahlreiche Vorträge und Diskussionsrunden. *Prof. Dr. Jürgen Scheffran* (Uni Hamburg, Institut für Geografie) sprach vor dem Plenum zum Thema „Frieden und Nachhaltigkeit gehören zusammen“. Der seit den 1990er Jahren in der Friedensbewegung engagierte Scheffran verwarf die immer wieder aktualisierte Form der Überbevölkerungsthese (Thomas Malthus) mit Bezugnahme auf Marx: „Das einzige Verdienst des Malthus den elenden Harmonielehrern der bürgerlichen Ökonomie gegenüber ist eben die pointierte Hervorhebung der Disharmonien“. Diese Disharmonien seien in Kriegen, wie z.B. den Weltkriegen, besonders in Hinblick auf Umweltzerstörung durch Krieg deutlich geworden, weshalb auch öffentlich die Friedensbewegung

immer wieder gemeinsam als Umweltbewegung aufgetreten ist (z.B. „Kämpfe gegen Atomwaffen“).

Weiterhin müsse der Klimawandel auch als „Risikoverstärker in komplexen Systemen“ verstanden werden. Wenn das US-Militär mit 39.000 kontaminierenden Standorten mehr CO² ausstößt als ganze Länder wie Dänemark oder Schweden, dann sei der Kampf gegen das imperialistische US-Militär auch ein Kampf für Umweltschutz. Aus diesem Grunde hält Scheffran eine andere gesellschaftliche Lebensweise, die Suffizienz beinhaltet und bedarfsorientiert funktioniert, für wichtiger denn je. In der anschließenden Diskussion wurde in der „Fridays-Future-Bewegung“, besonders durch den zum Teil deutlich sichtbar vertretenen Antikapitalismus, eine Chance für Bündnisse gesehen. Die Friedensbewegung könne durch ihre Erfahrungen, aber besonders auch durch antikapitalistische Anknüpfungspunkte, die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Frieden deutlicher machen, um den Druck auf die herrschende Politik zu erhöhen.

In den letzten beiden Jahren gab es Angriffe von Antideutschen auf den Friedensratschlag. Mit unhaltbaren Vorwürfen und Denunziationen hatten sie versucht, die Universität Kassel unter Druck zu setzen, den Friedensratschlag nicht stattfinden zu lassen. Das ist nicht gelungen – im Gegenteil: Die Unterstützung der Mitglieder der Universität Kassel für den Friedensratschlag wächst. So beteiligten sich in diesem Jahr gleich mehrere Hochschullehrer am Programm. Als souveräne Antwort auf die Angriffe hatten die Organisator*innen Vertreter des „Jungen Forums der Deutsch-israelischen Gesellschaft“ in einen Workshop zur Diskussion mit *Nirit Sommerfeld*, jüdische Künstlerin und Mitglied der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, eingeladen. Die Diskussion war insofern ein Fortschritt als deutlich wurde, dass die Vertreter des „Jungen Forums“ den friedensbewegten Positionen keine Alternative entgegenzusetzen hatten, sondern lediglich Fatalismus und Bellizismus vertraten. Aus dieser Diskussion können die Friedensaktivist*innen gestärkt für Abrüsten statt Aufrüsten in Nahost, in der BRD und überall, auch gegen reaktionäre Denunziationen, wirken.

Franziska Hildebrandt, Yusuf Karaaslan und Jeremiah Nollenberger